



Pressemitteilung vom 21.05.2013

Bürgermeister Böhrnsen erntet massiven Protest von Richtern und Staatsanwälten

Auf einer vom Gesamtrichterrat des Landes Bremen, dem Personalrat der Staatsanwaltschaft und sämtlichen in Bremen vertretenen Richterverbänden einberufenen Versammlung hat sich letzte Woche Bürgermeister Jens Böhrnsen den kritischen Fragen von Richtern und Staatsanwälten zu der vom Senat geplanten Nullrunde gestellt.

Bürgermeister Böhrnsen präsentierte die geplante Nullrunde als sozial ausgewogenes Ergebnis einer im Rahmen politischer Schwerpunktsetzung vorgenommenen Abwägung mit den wirtschaftlichen Zwängen des Landes Bremen. Den Ausführungen konnten viele Anwesende jedoch vor allem eine Abwägung entnehmen: dass nämlich die Koalition von der nun betroffenen Gruppe der Richter und höheren Beamten wegen ihrer Loyalität zum Land Bremen und fehlendem Streikrecht den geringsten Widerstand erwartet hat. Ein junger Staatsanwalt: „Während der angestellte Chefarzt die Tarifsteigerung ungekürzt erhält, wollen Sie sie mir vorenthalten. Wie können Sie das rechtfertigen?“

In der von Beginn an hitzigen Diskussion erntete Bürgermeister Böhrnsen von den etwa 150 versammelten Richtern und Staatsanwälten Entrüstung und Frustration, als er die Forderung nach einer gerechten, ihrer hohen Qualifikation und Verantwortung entsprechenden Besoldungsanpassung in die Nähe elitären Anspruchsdenkens rückte. Auch die von Bürgermeister Böhrnsen zur Diskussion gestellte Alternative der Stellenkürzungen wurde mit Erbitterung quittiert: „Mit jeder weiteren Personalkürzung würde die Justiz kaputt gespart - das wissen Sie genau!“

In vielen Redebeiträgen wurde deutlich, dass die doppelte Nullrunde nicht zuletzt vor dem Hintergrund der seit Jahren erbrachten erheblichen Sparbeiträge als demotivierend und als Mangel an Wertschätzung wahrgenommen wird. Ein Richter fasste dies wie folgt zusammen: „Die Justiz funktioniert doch nur noch, weil die Richter und Staatsanwälte jeden Tag einen überobligatorischen Einsatz an den Tag legen. Wir haben jetzt schon zu wenig Personal und eine spürbar höhere Arbeitsbelastung als in anderen Bundesländern. Die doppelte Nullrunde empfinden wir vor diesem Hintergrund als ‚Schlag ins Gesicht‘ und absoluten ‚Motivationskiller‘. So wird die Funktionsfähigkeit der Justiz in Bremen leichtfertig aufs Spiel gesetzt.“

Karin Goldmann, Vorsitzende des Vereins Bremischer Richter und Staatsanwälte, appellierte am Ende der Diskussion: „Herr Bürgermeister, wir verschließen uns einem Sparbeitrag nicht, aber die Nullrunde für Richter und Staatsanwälte mit ihrer über die Pensionierung hinaus reichenden Besoldungslücke darf nicht stehen bleiben! Zeigen Sie Richtern und Staatsanwälten eine Perspektive auf! Mit einer verzögerten Übertragung könnten wir leben. Lassen sie uns darüber reden!“

Ein Signal, die Pläne zu überdenken, bekamen die anwesenden Richter und Staatsanwälte von Bürgermeister Böhrnsen nicht zu hören.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

- Dr. Andreas Helberg (Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte), Tel.: 0170-4087857;
E-Mail: kontakt@richterverein-bremen.de